

Gemeinderat Berno Mogel  
**Dringlicher Antrag**

An den  
Gemeinderat der  
Landeshauptstadt Graz

Graz, am 11.05.2016

Betreff: Volksabstimmung TTIP  
**Dringlicher Antrag**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Aufgrund immer wiederkehrender sich widersprechender – und vor allem aus österreichischer Sicht – beängstigender Meldungen über das Transatlantische Freihandelsabkommen TTIP, hat sich das österreichische Parlament schon im September 2014 zu einem Entschließungsantrag durchgerungen – aus freiheitlicher Sicht bei weitem nicht ausreichend –, in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, sich im Rahmen der Verhandlungen für folgende Punkte einzusetzen (auszugsweise):

- Einhaltung sozialer, datenschutzrechtlicher und ökologischer Mindeststandards
- Transparenz der Verhandlungen und Zugang der Öffentlichkeit zu den Verhandlungsunterlagen
- Klassifizierung als gemischtes Abkommen (parlamentarische Beschlussfassung)
- Schutz öffentlicher Dienstleistung gegenüber Handelspartnern

Weiters wurde die Sinnhaftigkeit der ISDS-Klauseln (Investorenschutz) für Staaten mit entwickelten Rechtssystemen hinterfragt.

Seither gab es etliche Diskussionsrunden, Anträge und wohlklingende Aussagen wie beispielsweise „Freihandel ja, aber unter vernünftigen Bedingungen“ oder „für ein soziales, umweltfreundliches und faires TTIP“. Dass diese Punkte aber tatsächlich in die Verhandlungen und vor allem in die Ergebnisse eingeflossen sind, konnte bis jetzt nicht dargelegt werden. Jüngste Veröffentlichungen lassen den Schluss zu, dass dies nicht stattgefunden hat oder zumindest keinen Erfolg gezeigt hat. Die Verhandlungen werden weiterhin unter strengster Geheimhaltung und zum Teil auch unter Ausschluss unserer gewählten Vertreter geführt. Wenn man frei nach einem ehemaligen Bundeskanzler der Meinung ist, „es sei alles sehr kompliziert“, und man die Notwendigkeit eines solchen Abkommens der Allgemeinheit nicht darstellen kann, ist eben diese Notwendigkeit vielleicht

nicht gegeben. Bislang wurden auch von unserer Regierung noch keine Ziele kommuniziert, die sich Österreich oder die EU für ihre Bevölkerung gesetzt hat. Freihandel als Dogma und ohne positive Zielsetzungen für die Bevölkerung erscheinen eher wie ein Glaubenssatz und nicht wie eine Richtschnur rationalen Handelns.

Ohne den Verhandlungsergebnissen vorgreifen zu wollen, und ohne das berüchtigte Chlorhuhn zu bemühen, muss man dennoch festhalten, dass ein Abkommen solcher Tragweite auf jeden Bereich unseres Lebens – wie etwa Lebensmittelsicherheit, Landwirtschaft, Datenschutz, öffentliche Auftragsvergabe, Medizinische Versorgung bis hin zum Umweltschutz – Einfluss nimmt. Über den Investorenschutz und die damit verbundene Möglichkeit, Staaten wegen Gewinnminderung aufgrund regionaler Gesetzeslagen zu klagen, drohen Gesetze zum Schutz von Konsumenten, Arbeitnehmern und Umwelt ausgehebelt zu werden.

Auch aufgrund dieses zu befürchtenden Souveränitäts- und Demokratieverlustes und der möglichen tiefgreifenden Einflussnahme in das Leben eines jeden Österreicher, ergeht namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgender

#### **Dringlicher Antrag**

gem. § 18 der GO f. d. Gemeinderat  
der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

**Die Stadt Graz möge am Petitionswege mit dem Ersuchen an die zuständigen Stellen des Bundes – im Besonderen an die Bundesregierung – herantreten, sämtliche Verhandlungsdokumente zum Thema TTIP der Öffentlichkeit offenzulegen und sämtliche Möglichkeiten auszuloten, das Verhandlungsergebnis vor einer Beschlussfassung einer Volksabstimmung zu unterziehen.**